Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellung monatlich [illegible] M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich [illegible] M., auf dem Lande [illegible] M., durch die Post bezogen vierteljährlich [illegible] M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis [illegible] M. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile [illegible] M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile [illegible] M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 172 — **Mittwoch den 26. Juli 1922.** — **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Strompreiserhöhung.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, auf Grund der Stromlieferungsbedingungen (siehe Seite 15 unter G Teuerungsklausel) für das 3. Vierteljahr 1922 einen **Entwertungszuschlag von 50 Prozent** auf die Endsummen der Vierteljahresrechnung zu erheben. Besondere Nachrechnung über diesen Zuschlag wird nicht zugestellt. Der Entwertungszuschlag für das 4. Vierteljahr wird zu gegebener Zeit noch bekanntgegeben.

Elektrizitätsverband Gröba.
(Gemeindeverband).

4201

Obst-Verpachtung.

Die Obstnutzung der Gemeinde Sachsdorf soll 4193

Sonnabend den 29. Juli, nachmittags 5 Uhr

im hiesigen Gasthofe gegen sofortige Barzahlung auf das Höchstgebot verpachtet werden.

Sachsdorf, den 25. Juli 1922. **Leuschner**, Gemeindevorstand.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Frankreich scheint in der Reparationsfrage nachzugeben. Eine Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George in bezug auf Anleihe und Moratorium soll am 1. August in London stattfinden.

* Die Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und Arbeiter werden um 24 Prozent für Juli und um 34 Prozent für August erhöht.

* Die Meinungsverschiedenheiten in Bayern über das Gesetz zum Schutze der Republik haben zu einer Sprengung der bayerischen Regierungskoalition geführt. Der demokratische Minister Hamm ist aus dem Kabinett ausgetreten.

* Der Parteitag der Unabhängigen, der über die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien entscheiden soll, ist zum 1. Oktober nach Gera einberufen.

* Das amerikanische Kriegsministerium hat den Plan des Generals Pershing über die Bildung einer Nationalmiliz als Ergänzung des kleinen stehenden Heeres gebilligt und bereitet die entsprechenden Gesetze vor.

Krisis in Bayern.

Zu der Zuspitzung der Lage in Bayern, die besonders durch das im Reichstag angenommene Gesetz zum Schutze der Republik beeinflußt erscheint, wird uns von einem unterrichteten gemäßigten Politiker geschrieben:

Man überlegt sich diesmal in München recht gründlich, was man tun soll. Ob die „Volksseele“ auch kocht, alle Männer, die mit politischer Verantwortung belastet sind, suchen ruhig Blut zu bewahren und erst nach reiflichster Erwägung aller Möglichkeiten zu unabänderlichen Entschlüssen vorzuschreiten.

So eilen Nachrichten, die schon von vollendeten Tatsachen zu berichten wissen, den Dingen voraus; erst im Laufe dieser Woche sind endgültige Entscheidungen zu erwarten, von denen jedoch jetzt schon angenommen werden muß, daß sie in Berlin keine Freude erregen werden. Denn von einer glatten Unterordnung unter die letzten Beschlüsse des Reichstages will in Bayern keine der an der Regierung beteiligten oder überhaupt für sie in Betracht kommenden Parteien etwas wissen. Allenfalls die äußerste Linke steht auf dem Boden dieser Forderungen. Aber die Sozialdemokratie spielt in Bayern keine maßgebende Rolle, kaum daß sie, wie die Dinge dort liegen, auch nur zurzeit als regierungsfähig anerkannt wird. Den größten Einfluß im Lande besitzt die Bayerische Volkspartei, die auch mit dem Grafen Lerchenfeld die Mehrzahl der gegenwärtigen Minister gestellt hat; sie hat gegen den Inhalt der neuen Reichsgesetze zum Schutze der Republik im Grunde genommen nicht viel einzuwenden; den Stein des Anstoßes bietet für sie die Reichsexekutive, die sich jetzt zum erstenmal über die Landespolizei- und Landesjustizhoheit aus Gründen, die nun einmal in Berlin für durchschlaggebend gelten werden, hinweggesetzt hat. Deshalb ist der Gedanke entstanden, zwar den Inhalt der neuen Gesetze auf dem Verordnungswege auch für Bayern zu übernehmen, seine Durchführung aber den bayerischen Landesbehörden vorzubehalten. Man will sich für diesen Weg auf den Artikel 48 der Reichsverfassung berufen, wird aber doch wohl zugeben müssen, daß der gleiche Artikel die Reichsinstanzen berechtigt, Bestimmungen zum Schutze von Ruhe und Ordnung für das ganze Reich zu erlassen, und daß, wenn dies geschehen ist, die entsprechende Befugnis der Landesgewalten zurückzutreten hat. Um einen Konflikt also würde man, wenn dieser Weg beschritten würde, nicht herumkommen. Denn man weiß, daß gerade viele der in Berlin gefaßten Beschlüsse aus Mißtrauen gegen Bayern entstanden sind, daß aber die Ausschaltung der bayerischen Zuständigkeit für viele Maßnahmen der Reichsinstanzen die treibende Kraft gewesen ist. Aber dem Widerspruch der Bayerischen Volkspartei gegen die glatte Annahme der neuen Reichsgesetze schließt sich auch der bayerische Landesverband der Deutschen Volkspartei ausdrücklich an, und daß die eigentliche Rechte auch in Bayern die Reichsexekutive in diesen Dingen ablehnt, versteht sich am Rande. Nur die Demokraten scheinen entschlossen zu sein, sich, wenn es gar nicht anders geht, auch in diesem Falle zu fügen, und ihr Austritt aus der gegenwärtigen Koalition dürfte mit dem bereits erklärten Rücktritt des Handelsministers Hamm aus dem Kabinett bereits so gut wie entschieden sein.

Danach ergibt sich die Wahrscheinlichkeit einer Verschiebung der gegenwärtigen Regierungskoalition nach rechts mit einer entsprechenden Umbildung des Ministeriums, und für diesen Fall darf wohl damit gerechnet werden, daß Graf Lerchenfeld als Ministerpräsident an der Spitze der Regierung verbleibt. Denn daß auch für ihn die neuen Gesetze so, wie sie aus Reichstag und Reichsrat hervorgegangen sind, als unannehmbar gelten, hat er durch seinen Berliner Gesandten so laut und so nachdrücklich erklären lassen, daß er sich nun wohl unmöglich in die trotzdem gefaßten Beschlüsse fügen kann. Wenn auch die Haltung des bayerischen Bauernbundes der überwiegenden Stimmung des bayerischen Volkes Rechnung tragen sollte, so würde es der nach rechts erweiterten Regierung in der Landesversammlung jedenfalls an der für gewisse Fälle notwendigen Zweidrittelmehrheit nicht fehlen.

Damit wären wir wieder einmal an einem Wendepunkt unserer staatlichen Geschichte angelangt. Zweifellos besteht auf beiden Seiten der beste Wille, einen offenen Bruch zwischen Berlin und München zu verhüten. Zweifellos glauben beide Teile auch das, was sie tun, im Interesse des richtig verstandenen Gedankens der Reichseinheit tun zu müssen. Unter Herrn v. Kahr war man gleichfalls schon wiederholt so weit gekommen, daß ein Konflikt unmittelbar gegeben schien; damals ist er vermieden worden, bald durch Nachgiebigkeit von dieser, bald von jener Seite. Graf Lerchenfeld wußte auch in Berlin sich den Ruf eines gemäßigten Staatsmannes zu begründen. Wenn trotzdem auch er jetzt den Weg der Verständigung mit den Reichsinstanzen verlassen zu müssen glaubt, so darf diese Tatsache ganz gewiß nicht leicht genommen werden. Denn ob er, wenn er sich zum Rücktritt gezwungen sähe, einen Mann zum Nachfolger erhielte, mit dem ein leichteres Verhandeln möglich wäre, ist bei den Stimmungen in Bayern wohl kaum anzunehmen. Und die Notwendigkeit einer Reichsexekutive gegen den größten deutschen Bundesstaat wird sicherlich auch dem entschiedensten Einheitspolitiker in Berlin nichts weniger als erwünscht erscheinen.

So bleibt, wenn man auf eine vernünftige Betrachtung der Dinge nicht verzichten will, auch diesmal kein anderer Weg übrig, als nach einer Verständigung zwischen hüben und drüben zu suchen. Eine Aufgabe, bei der gewiß auch die vermittelnde Hand des Reichspräsidenten sich wohltuend bemerkbar machen könnte.

*

Straßen-Unruhen in München.

Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten durchzog unter Absingung von antisemitischen Liedern einige Münchener Straßen und pöbelte den zufällig vorbeikommenden Landtagsabgeordneten Auer an. Erhebungen über die Ruhestörer sind eingeleitet. Einige Stunden später durchzog ein Zug von Leuten, die die Arbeitermarseillaise sangen, die gleichen Straßen. Mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse hat die Polizeidirektion angeordnet und ihre Sicherheitsorgane angewiesen, künftighin Züge, die zur Nachtzeit in ruhestörender oder provozierender Art die Straßen durchziehen, anzuhalten und die Teilnehmer festzunehmen.

Londoner Konferenz am 1. August.

Poincarés Rückzug in der Reparationsfrage.

Die dem Präsidenten des Garantiekomitees schon in Berlin überreichte Antwortnote des deutschen Reichskanzlers bestätigt in ihrem Wortlaut die schon bekannte Einwilligung der deutschen Regierung zu den Vorschlägen der Kommission zur Finanzüberwachung und Regelung.

In Paris scheint plötzlich der bisher so hartnäckige Widerstand der dortigen Regierung gegen jeden Versuch, eine Lösung der jetzigen unhaltbaren Lage für Deutschland herbeizuführen, etwas nachgelassen zu haben. Es ist bekannt geworden, daß neue Vorbesprechungen über die Reise Poincarés nach London im Gange sind und daß Poincaré sich bereit erklärt hat, am 31. Juli nach England zu reisen, so daß die Verhandlungen am 1. August beginnen können.

Aus den Blättern geht hervor, daß England eine neue, scheinbar sehr dringende Anfrage wegen der Reise Poincarés an die französische Botschaft in London gerichtet hat. Die Antwort Poincarés ist der englischen Regierung durch den Botschafter in London übermittelt worden. Man wartet jetzt auf die Zustimmung Englands zu den Reiseplänen. Als ein Nachgeben Poincarés wird die amtliche Havas-Mitteilung betrachtet, daß die Instruktionen Poincarés an Dubois gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen seien und keineswegs das letzte Wort der französischen Regierung darstellen.

Das sehr erhebliche Einlenken der französischen Regierung gegenüber der letzten, sehr energischen Mahnung Englands wird durch einen Leitartikel des „Temps“ bestätigt, der alle Wendungen der Politik Poincarés mitmacht. Das Blatt teilt mit, Frankreich werde selbst beantragen, daß zunächst die August- und Septemberzahlungen Deutschland erlassen werden sollen. In dieser Zeit sollen noch einige ergänzende Reformen von Deutschland gefordert und zugleich das Bankierkomitee zur sofortigen Wiederbesprechung der internationalen Anleihe für Deutschland einberufen werden. Das Zustandekommen der Anleihe werde dann Deutschland ein mehrjähriges Moratorium bringen.

Gegen die Politik der Gewalt.

Aufruf an die Arbeiter der Welt.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen hat einen Aufruf an die Arbeiter der Welt beschlossen, in dem es u. a. heißt:

Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu ermutigen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechtigte Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott. Die Politik der Gewalt gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Die interalliierten Schulden müssen revidiert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Die Konferenz erwartet von den Vereinigten Staaten, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mithelfen, um die zerrüttete Wirtschaft Europas wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921 unverzüglich aufzuheben. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklichst alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfriede erheischen, daß die Arbeiter aller Länder mit all ihrer Kraft kämpfen. Angesichts seines finanziellen Zusammenbruches gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung muß Deutschland das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirkliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Beamtengehälter für Juli und August.

Zulagen von 24 und 34 Prozent.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenverbänden über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben zu einer Verständigung geführt.

Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der ernsten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli um 55 Prozent, also von 105 auf 160 Prozent, vom 1. August um 80 Prozent, also auf 185 Prozent, erhöht wird. Das bedeutet eine **Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Prozent und für August um rund 34 Prozent.** Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der **Arbeiterlöhne.** Die Auszahlung der erhöhten Bezüge wird mit größter Beschleunigung erfolgen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF